

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
19. Sitzung

24.09.1986

rp-mk

18. September habe der Minister aber noch erklärt, es gebe keinerlei neue Anhaltspunkte. Er - Kuhl - halte das für ein unerhörtes und unverschämtes Verfahren, und das werde er dem Minister nachher noch persönlich sagen.

Zur Tagesordnung schlägt Abg. Kuhl mit der Bemerkung, daß es ein Unding sei, wenn der Ausschuß aus zweiter Hand informiert werde, vor, die Tagesordnungspunkte 3 und 6 sowie die von ihm beantragte Aktuelle Viertelstunde auf einen Sondersitzungstermin zu verlegen und diese die Neue Heimat betreffenden Punkte dann mit dem Ministerpräsidenten in Anwesenheit des zuständigen Fachministers zu diskutieren.

Abg. Schumacher (Remscheid) (SPD) kann die von den beiden Vorednern vorgenommene Bewertung der von Minister Dr. Zöpel abgehaltenen Pressekonferenz nicht teilen. Die Öffentlichkeit habe nach der gestrigen Kabinettsitzung zweifellos ein berechtigtes Interesse zu erfahren, wie die neue Sachlage hinsichtlich der Neuen Heimat von der Landesregierung beurteilt werde. Dieses Interesse habe der Ausschuß natürlich auch, und deshalb sei es verwunderlich, daß die F.D.P. ihren Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Viertelstunde zurückziehen wolle.

Wenn man schon darüber streiten wolle, ob es der richtige Stil sei, Politik nicht im Parlament, sondern durch Pressekonferenzen und Presseerklärungen zu verdeutlichen, müsse man natürlich auch die Äußerungen bewerten, die Abg. Doppmeier (CDU) unmittelbar im Anschluß an die Sondersitzung am 18. September 1986 gemacht habe, in denen er Behauptungen aufgestellt und Anträge angekündigt habe, die im Ausschuß in keiner Weise besprochen worden seien, und in denen er Schlußfolgerungen hinsichtlich der auf das Land im Zusammenhang mit den von der Neuen Heimat getätigten Geschäften zukommenden Risiken gezogen habe. Man könne es einem Minister dann nicht verübeln, wenn er sich in ähnlicher Weise an die Öffentlichkeit wende, um seine Einschätzung wiederzugeben; denn hier müsse eine gewisse Waffengleichheit bestehen. Von daher könne er die Vorverurteilung des Ministers nicht mitvollziehen.

Daß der Ministerpräsident bereit sei, dem Ausschuß zu den Tagesordnungspunkten 3 und 6 einen Bericht zu geben, werde von seiner Fraktion begrüßt. Sie hoffe, daß es dafür zu einer vernünftigen Terminabsprache komme.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Sitzung kurz zu unterbrechen, damit sich die Sprecher der Fraktionen darüber unterhalten könnten, ob dem Vorschlag des Abg. Kuhl, die Tagesordnungspunkte 3 und 6 sowie die Aktuelle Viertelstunde heute abzusetzen, gefolgt werden solle. - Der Ausschuß stimmt dem zu.